

Rückblick auf das erste Halbjahr 1970 : Krieg und Umweltvergiftung ; Die USA-Innenpolitik ; USA und Europa ; Grossbritannien ; Bundesrepublik Deutschland ; Polarisierung der Kräfte ; Der Nahostkonflikt ; Palästinenser und Zionisten ; Wandlung in Israel? ...

Autor(en): **Geiss, Imanuel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141783>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Krieg und Umweltvergiftung Für das erste Halbjahr 1970 ist nur wenig Positives zu vermelden.

Die Tendenz zur Selbstzerstörung in der Vergangenheit scheint unaufhörlich weiterzugehen. Aus aller Welt, vor allem aus Amerika, Europa und Japan, häufen sich alarmierende Meldungen über die fortschreitende Umweltvernichtung durch die moderne Industrie. Inzwischen haben Staatsmänner, Parlamente und internationale Kongresse das neue Problem Nr. 1 der Menschheit wenigstens angesprochen. Aber während Präsident Nixon vorgibt, dem Kampf gegen die Umweltvergiftung in den USA Einhalt zu gebieten, setzen die USA ihren verbrecherischen Krieg in Vietnam fort und dehnen ihn sogar noch auf das bisher mühsam neutral gehaltene Kambodscha aus. Amerikanische Angaben über Ausmass und Auswirkungen der amerikanischen Kriegführung in Vietnam mit konventionellen und chemischen Kampfmitteln vermitteln den Eindruck, dass Indochina als grosse Wüste zurückbleiben wird, sollten sich die Amerikaner doch noch eines Tages zurückziehen. Die USA praktizieren in Indochina Umweltvergiftung und Zerstörung eines Entwicklungslandes mit einem atemraubenden Zynismus, während sie gleichzeitig für sich beanspruchen, an vorderster Front im Kampf gegen die Umweltvergiftung und die Unterentwicklung zu stehen. Die herrschende Klasse der USA demonstriert in Indochina eine kaltblütige Doppelzüngigkeit, die sich noch einmal bitter rächen wird.

Zur weiteren Umweltvergiftung tragen jedoch auch China und Frankreich mit ihren H-Bomben-Explosionen bei. Wenn UNO-Generalsekretär U Thant in einer Erklärung die exzessiv hohe Zahl von Flugzeugen zu einem hohen Grad für die Verseuchung der Luft verantwortlich machen konnte, so wird man gewiss auch die für den weiteren Bestand der Menschheit überflüssigen, ja schädlichen Militärflugzeuge mit ihren vielen belästigenden Übungsflügen auch zu den vermeidbaren Verseuchungsquellen hinzurechnen. Und dann erst die Weltraumschiffahrt mit ihrem enormen Brennstoffverbrauch. Es ist wenig tröstlich, dass die allzu grosse Siegesicherheit der Amerikaner durch die beinahe tödliche Panne bei Apollo 13 im April einen kräftigen Dämpfer erhalten hat. Die grosse Flutkatastrophe in Südosteuropa im Mai (Rumänien, Ungarn, Ukraine) und das Erdbeben in Peru erinnerten noch einmal nachdrücklich daran, dass wir immer noch von der Natur abhängig sind. Aber die beiden Supermächte werden fortfahren, Geld, Energie und technischen Aufwand in den Weltraum zu verpulvern, ohne Rücksicht auf die viel dringlicheren Probleme hienieden auf Erden, z. B. im je eigenen Land. Von den beiden Weltmächten erwies sich auch im ersten Halbjahr die USA als der weniger stabile Partner.

Die USA-Innenpolitik

In den ersten Monaten des neuen Jahres schien zwar die Demonstrationsfront gegen den Vietnamkrieg zu zerbröckeln, die Vietnam-Moratorium-Bewegung schien nach dem ersten Elan in sich zusammenzusinken, da Nixon mit seiner Politik des ostentativen Disengagements in Vietnam seinen innenpolitischen Gegnern den Demonstrationsstoff zu nehmen begann. Mit dem amerikanischen Einmarsch in Kambodscha, vorbereitet durch den Sturz von Prinz Sihanouk, am 1. Mai 1970 hat Nixon jedoch, um kurzfristiger militärischer und psychologischer Gewinne in Südvietnam willen, die alten Wunden wieder aufgerissen. Die heftige Reaktion an den amerikanischen Universitäten, jetzt von Studenten *und* Professoren vereint, war voraussehbar. Die Schüsse von Kent, wo die Nationalgarde vier Studenten erschoss, und die wachsende Verbitterung im intellektuellen Lager haben jedoch mit einem Schlag die scheinbaren Gewinne Nixons in den vorausgegangenen Monaten mit einem Schlag wieder zunichte gemacht. Von jetzt an erscheint es endgültig so gut wie sicher, dass die USA in ihren zweiten Bürgerkrieg hineinmarschieren. Die brutalen und handgreiflichen Demonstrationen von 120 000 chauvinistisch verhetzten Bau- und Hafenarbeitern gegen Studenten und Intellektuelle in New York sind vielleicht ein noch massiveres Symptom für die schier unaufhaltsame Drift in den Bürgerkrieg als die Schüsse von Kent, die man zur Not immer noch als das örtliche Versagen einiger Individuen interpretieren könnte. Der organisierte Amoklauf der reaktionären Arbeiter in New York und die begeisterte Reaktion der amerikanischen Reaktionäre weisen dagegen auf den Kern der inneramerikanischen Krise. Und schon spricht man in den USA erstmals ganz unverhohlen von den Aussichten einer offen faschistischen Bewegung, repräsentiert durch harte Militärs und Rechtspolitiker wie Wallace, Reagan und Spiro Agnew. Nixon leistet dem Trend nach rechts mit seiner Politik Vorschub, ganz im Einklang mit seiner politischen Vergangenheit, war er doch einst einer der effektivsten Mitstreiter McCarthys in den schlimmsten Jahren des McCarthyismus in den frühen fünfziger Jahren. Billy Graham, der Starprediger des amerikanischen Imperialismus, mag da noch so theatralisch zu Gott, *seinem* Gott, aufschreien: Nur mit Worten entflieht er nicht mehr dem amerikanischen Malaise. Mit der inneramerikanischen Krise spitzt sich auch die Krise des westlichen Kapitalismus insgesamt zu. Symptomatisch war die schwere Börsenkrise des Frühsommers von Zürich über Wall Street bis Tokio und der faktische Bankrott der betrügerischen IOS-Gruppe, der wiederum die weltweiten Kursstürze verstärkte.

USA und Europa

Der amerikanische Bürgerkrieg noch in diesem Jahrzehnt dürfte alle grossen kapitalistischen Mächte und alle von den USA direkt oder indirekt gestützten Klientelstaaten in revolutionäre Mitleidenschaft ziehen, von Lateinamerika über Südostasien, Indien, den Nahen Osten und Afrika bis nach Südeuropa. Bis dahin werden die sozialrevolutionären Kräfte, nach dem faktischen Weg-

fall des konservativ gewordenen Moskauer Zentrums, auf sich allein gestellt bleiben, werden daher auch kaum irgendwo zu einem weiteren isolierten Erfolg kommen.

Grossbritannien Mittlerweile bereitet sich die innere Krise auch in den westlichen Ländern weiter vor. Frankreich erlebte im Mai ein kurzes Wiederaufflackern der revolutionären Studentenbewegung, in Erinnerung an den Mai 1968. In England ruinierte der Zyniker und Manipulator Harold Wilson mutwillig die Chancen der Labour Party. Vier Jahre lang hatte er gegen die Interessen seiner Wähler eine konservative Wirtschafts- und Aussenpolitik getrieben, hatte er das intellektuelle Element, das die wesentlichen Voraussetzungen zu seinen Siegen von 1964 und 1966 geschaffen hatte, systematisch vor den Kopf gestossen und verhöhnt, und nun erwartete er, dass England ihn wieder als das geringere Übel wählen würde, wie er wenige Wochen vor der Wahl mit offenherzigem Zynismus bemerkte. Statt dessen verwarf ihn am 18. Juni die Mehrheit der Wähler und bevorzugte den farblosen aber redlicheren Edward Heath, unbeeindruckt von einem Schwall von Voraussagen, die genau das Gegenteil wissen wollten. Die Lehre des Debakels in England ist, dass ein Sozialist, der angetreten ist, ein progressives Programm zu realisieren, sich daran halten muss und nicht in einer Kehrtwendung, sowie die Macht gesichert scheint, eine konservative Politik praktizieren darf. Wilson war am besten als Oppositionsführer 1963/64 und mit einer knappen Mehrheit 1964/66. Er regierte miserabel mit einer sicheren Mehrheit und hat sein gerüttelt Mass Schuld an der Erosion der Demokratie in England und am Rückschlag für den Sozialismus in Westeuropa. Seine selbstverschuldete Niederlage gibt allen reaktionären Kräften Auftrieb, besonders in Nordirland, dessen regierende Partei, die Ulster Unionists, in einem noch innigeren Verhältnis zur jetzt in London wieder regierenden Konservativen stehen als die bayrische CSU zur CDU in der Bundesrepublik. Nachdem die Labour-Regierung den nordirischen Klassenkampf und Bürgerkrieg zwischen (meist armen und proletarisierten) Katholiken und (meist privilegierten) Protestanten mühsam gebändigt hatte, allerdings ohne grundsätzliche strukturelle Veränderung zu erzielen, fiel die jüngste Phase des nordirischen Bürgerkriegs nach der Inhaftierung der katholischen Bürgerrechtskämpferin Bernadette Devlin (und dem vorausgegangenen Wahlsieg des reaktionären Protestantenführers Paisley) nicht zufällig mit dem Wahlsieg der Tories in England zusammen. Hier rächen sich 300 Jahre der Unterdrückung und Ausbeutung in dem Rest der ältesten Kolonie Englands (Irland). Die Unfähigkeit zur Reform in Nordirland dürfte auch die innerenglische Krise verschärfen.

Bundesrepublik Deutschland In der Bundesrepublik machte die politische Polarisierung in der Berichtszeit weiterhin Fortschritte. Die CDU/CSU absorbiert in immer rascherem Tempo den rechten Flügel der FDP und die Reste der nieder-

gehenden NPD, wie zuletzt auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg Anfang Juli von Strauss offen deklariert. Die FDP steht offenbar vor der Spaltung, was der Absorbierung durch die CDU/CSU und die SPD so gut wie gleich käme. Durch die Aufnahme rechtskonservativer Elemente rücken die Unionsparteien weiter nach rechts und geraten immer mehr unter die faktische Führung ihres stärksten demagogischen Elements, Franz-Josef Strauss. Gleichzeitig dürfte die Aufnahme rechtsextremer Elemente die parteiinterne Spannung in der CDU zwischen Rechts und Links verstärken, die zunächst an der Deutschland- und Ostpolitik aufbrechen wird, vor allem an der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze. Zwei CDU-Abgeordnete, Dichgans und Petersen, haben sich nach einer Reise durch Polen bereits offen für die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze ausgesprochen, und sie haben vermutlich noch einigen Widerhall in den eigenen Reihen. Vorherrschend aber bleibt die Nationaldemagogie eines Strauss, der immer mehr zum massiven Rammbock gegen die SPD/FDP-Regierung avanciert.

Die Regierung zeigte in den Bundestagsdebatten um die Mitte Juni bedenkliche Schwächen. Sie finden wohl ihre wesentliche Erklärung in dem auch in den Regierungsparteien noch immer grossen Mangel an grundsätzlicher und systematischer Klärung all der Konsequenzen politischer Art, die sich aus dem neuen Anerkennungskurs ergeben. Den Mangel an innerer Klärung versuchte Herbert Wehner in einem Akt politischer Selbstaufopferung mit seinen rüden Attacken im Bundestag zu überdecken, indem er den Zorn der Opposition auf sich lenkte. Aber er tat es so ungeschickt und plump, dass er den sich anbahnenden Nuancierungsprozess innerhalb der CDU in Sachen Ostpolitik eher wieder blockierte. Das schlechte Abschneiden der SPD in Nordrhein-Westfalen und im Saargebiet am 14. Juni ist vielleicht auch eine Quittung auf Wehners schlechten Stil im Parlament. Das gute Abschneiden der SPD in Niedersachsen dagegen erklärt sich u. a. vielleicht aus der energischen Kampagne des neuen halblinken SPD-Chefs Peter v. Oertzen.

Oertzens junger Mann, Thomas von der Vring, wurde am 29. Juni zum Gründungsrektor der Universität Bremen gewählt, zum hellen Entsetzen aller konservativen Kräfte von der FAZ und «Welt» bis zur NPD. Sie können es offenbar nicht verwinden, dass der Gründungsrektor an einer neuen Reformuniversität nicht nur ein mit der Habilitation qualifizierter Wissenschaftler sein soll, sondern auch noch ein engagierter Linkssozialist, der als stellvertretender Vorsitzender der Jungsozialisten in der Bundesrepublik bereits bekannt ist. Wenn die Bremer SPD, die nur 50 % der Mandate inne hat und in einer prekären Koalition mit einer von Profilleidenschaft geplagten, relativ rechtskonservativen FDP steht, bis zur Gründung durchhält, könnte sie für sich in Anspruch nehmen, nach vielen Pannen und Enttäuschungen die erste Reformuniversität in der Bundesrepublik gegen alle Widerstände durchgezogen zu haben, die den Namen wirklich verdient. Das Bremer Modell könnte deshalb zukunftsweisend sein, weil hier die linken Studentengruppen, denen man bisher stets vorwarf, sie seien nur im Negativen und Destruktiven verharret, die Chance erhielten, kon-

struktiv mitzuarbeiten an einer Universität, die allerdings in der Tat die alten Zöpfe der deutschen Ordinarien-Universität nicht mehr übernehmen würde.

Eine solche Wende in der deutschen Universitätsgeschichte wäre gegen den Hintergrund der übrigen Entwicklung doppelt zu begrüßen. In Berlin und Hamburg sind die neuen Universitätsgesetze angelaufen, in Hessen erfolgte die Umstellung gerade im Frühsommer. Die persönlichen Erfahrungen des Autors in Hamburg legen den Schluss nahe, dass die meisten Ordinarien sich besonders schwer tun, sich in demokratischen und quasi-parlamentarischen Entscheidungsgremien zu bewegen und zu artikulieren. Der Lernprozess, den die jüngeren und elastischeren unter ihnen durchmachen, wird der Entwicklung der bundesdeutschen Demokratie zugute kommen. Aber man muss schon sehr viel Geduld mit der Unfähigkeit, Disziplinlosigkeit, Hilflosigkeit und Umständlichkeit mancher Ordinarien aufbringen, die sich als arge Hemmschuhe für eine sachliche Arbeit erweisen.

Gleichzeitig treibt die Staatsgewalt mit den Polizeiexzessen in Berlin und Heidelberg gegen politische Demonstranten, meist aus dem studentischen Bereich, die Polarisierung unnötig weiter. Auf der Linken war ein vorangegangener Schritt in der Eskalation zu einem allmählich auch in der Bundesrepublik denkbar werdenden revolutionsähnlichen Bürgerkrieg die gewaltsame Befreiung des Frankfurter Brandhausstifters Baade. Seine Befreier, u. a. die linke Publizistin Ulrike Meinhof und der APO-Rechtsanwalt Horst Mahler aus Berlin, Baade selbst und die beiden anderen Mitangeklagten, tauchten spektakulär in Jordanien bei den palästinensischen Guerillas unter und auf. Die gewaltsame Gefangenenbefreiung von Berlin und die Drohung Ulrike Meinhofs, dass in Zukunft weitere Gewaltaktionen gegen die Polizei folgen würden, deuten an, dass es auch in der Bundesrepublik, vor allem in der stagnierenden Rumpfstadt Westberlin, ein wachsendes Potential von Deklassierten und aus der Bahn Geschleuderten gibt, die glauben, in der bestehenden politischen Ordnung nichts mehr zu verlieren zu haben — elementare Voraussetzung für das Entstehen sozialrevolutionärer Bewegungen.

Polarisierung der Kräfte So erlebt die Bundesrepublik im Augenblick eine doppelte Polarisierung: auf der einen Seite zwischen den konservativ-chauvinistischen Kräften, angeführt von der CSU und Franz-Josef Strauss, und den sozial-liberalen Kräften der Reform und der nationalen Einsicht und Selbstbescheidung, repräsentiert von der Regierung Brandt-Scheel; auf der anderen Seite zwischen den reformwilligen Kräften und den sich im «underground» allmählich formierenden, sozialrevolutionären Kräften, die noch schwach und wenig organisiert sind und deshalb noch von niemandem recht ernst genommen werden. Die Tragik der Situation liegt darin, dass die neuen Elemente auf der Linken so relativ stark und aktiv werden konnten, weil die reformwilligen Kräfte so spät, vielleicht schon zu spät, an die Macht kamen. Die

Gefahr besteht, dass die reformerischen Kräfte der halben Linken und Mitte zwischen dem massiven Block der Neuen Rechten unter Strauss (im Augenblick eine akute und tödliche Bedrohung für die bundesdeutsche und europäische Demokratie) und der noch schwachen revolutionären Linken zerrieben werden, u. a. weil die längst überfälligen Reformen zu spät, zu zögernd und zu halbherzig kommen. Andererseits zerstören ihre rechten Flügel Männer durch staatlichen Polizeiterror, z. B. in Berlin und Heidelberg, oder durch das Verbot des Heidelberger SDS, selbst die Basis für einen gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte gegen den aufkommenden neuen Faschismus à la Strauss.

Der Nahostkonflikt Das Auftauchen Baaders, Mahlers und Ulrike Meinhofs bei den palästinensischen Guerillas in Jordanien unterstreicht einen neuen Akzent in der Entwicklung des Nahostkonflikts, der ja auch auf andere Regionen ausstrahlt. Die palästinensischen Widerstands- oder Terrorgruppen (je nach politischem Standort wird man sie verschieden bezeichnen) haben inzwischen so viel an organisatorischer und politischer Reife und Kraft gewonnen, dass sie nicht mehr nur als einfache Terroristenbanden abzutun sind. Sie haben sich, aller inneren Zersplitterung zum Trotz, zu einer veritablen revolutionären Bewegung ausgeweitet, die vermutlich in den nächsten Jahren das Gesetz des politischen Handelns dem gesamten arabischen Raum aufzwingen wird. Welch eine Metamorphose hätten dann die Palästinenser durchgemacht: Von der verjagten, vertriebenen, verzweifelten, rechtlosen und ausgebeuteten Gruppe von Flüchtlingen sind sie in einem komplexen Prozess innerhalb von zwei Jahrzehnten zum stärksten politischen Faktor innerhalb der arabischen Welt aufgestiegen. Die schweren Konflikte in Libanon und in Jordanien, mit denen sich die arabischen Guerillaorganisationen immer mehr Bewegungsfreiheit in diesen beiden Ländern erkämpft haben, sind nur äusserlicher Beweis für diesen Umschwung.

Palästinenser und Zionisten In gewisser Weise entwickelt sich das kleine Volk der arabischen Palästinenser immer mehr zum dialektischen Spiegelbild der Zionisten vor der Staatsgründung Israels: Als Flüchtlinge, ohne eigenen Staat, organisieren sie sich gleichsam in ihrer Diaspora, um somit zu einem Machtfaktor aufzusteigen. So wie sich die Zionisten im Nahen Osten auf die jeweils dominierende Gross- oder Weltmacht stützten, haben die Palästinenser durch ihren hartnäckigen Widerstand praktisch die Sowjetunion in den Nahen Osten hineingezogen. Die Folge war, dass sich Israel politisch wie militärisch jüngstens in die Defensive gedrängt sieht. Die israelische Taktik der massiven Gegenschläge mag militärisch einiges eingebracht haben, hat jedoch politisch-psychologisch in der Weltöffentlichkeit sehr viel mehr zerschlagen. Die undeklarierte Intervention der UdSSR in Ägypten hat die Israelis im ersten Halbjahr 1970 zur Defensive an der Kanalfront gezwungen. Die sich in den letzten Wochen häufenden Abschüsse israelischer

Kriegsflugzeuge bedrohen sogar die bisher uneingeschränkte israelische Luftherrschaft an allen Fronten.

Wandlung in Israel? Im Innern Israels hat der hartnäckige Widerstand der Palästinenser im Frühjahr 1970 die ersten ernsthaften Rückwirkungen ausgelöst. Mit der Intervention Nahum Goldmanns im Anschluss an die spektakuläre Verhinderung seines Treffens mit Nasser durch die israelische Regierung wurde nun auch in Israel plötzlich die Polarisierung deutlich, die sich seit den Wahlen im Oktober 1969 noch versteckt vorbereitet hatte: Während die chauvinistische Rechte durch ihren neuen extremsten Wortführer im Kabinett, Luftwaffengeneral Ezer Weizman, noch stärker wurde, machte die scharfe Kritik Goldmanns an der israelischen Regierung viele Israelis, die bisher unpolitisch oder gouvernemental gewesen waren, nachdenklich oder trieb sie gar in Opposition. Die erste politische Demonstration der zersplitterten Linken vor dem Hause Golda Meirs ist in Europa bekannt geworden. Weniger bekannt wurde ein sehr viel ernsthafteres Symptom für die innere Polarisierung. Einige Dutzend Oberschüler aus Jerusalem, die kurz vor dem Abitur und dem Dienst in der Armee standen, legten in einem offenen Brief ihre Zweifel an der Gerechtigkeit der israelischen Politik dar. In der israelischen Elite selbst entstehen also Risse als Reaktion auf die intransigente Haltung der politischen Führung.

Eine vernünftige und humane Lösung für den Nahostkonflikt lässt sich nur finden, wenn auf beiden Seiten ein Differenzierungsprozess einsetzt, der den verständigungsbereiten Kräften auf beiden Seiten Raum für ein wirkungsvolles Eingreifen in die Politik gibt. Die Intervention Goldmanns, der als Führer einer neuen Linken Israels jedoch ausscheidet, weil er es selbst gar nicht sein will, hat einen ersten Ansatz für eine solche Differenzierung in Israel sichtbar gemacht.

Die arabische Entwicklung und die Sowjetunion Eine entsprechende Entwicklung scheint unter den Arabern noch auszustehen. Sie ist vorerst wenig wahrscheinlich. Denn eine vernünftige Lösung würde von arabischer Seite den Sturz der herrschenden Regime voraussetzen, der feudal-monarchistischen wie der pseudo-sozialistischen, in Wirklichkeit sozialdemagogischen und bonapartistischen. Die einzigen Kräfte, die auf ihren Sturz hinarbeiten, die palästinensischen Guerillas, beziehen jedoch ihren Antrieb zum politischen Handeln gerade aus ihrem Hass auf Israel, der sie offenbar unfähig macht, jedenfalls auf absehbare Zeit, überhaupt eine politische Lösung zu akzeptieren, die vom Fortbestehen Israels ausgeht, selbst wenn nichtchauvinistische Kräfte ihn von innen noch so modifizieren würden. So tut sich im Nahen Osten unerbittlich eine Schere zwischen offiziellem israelischem Chauvinismus und der palästinensischen Guerillabewegung auf, deren Opfer endgültig die politische Vernunft im Nahen Osten wäre.

Goldmann hat seine Zuhörer nachdenklich gemacht mit der alarmie-

renden Alternative, die er nur noch für den Nahostkonflikt sieht: Entweder unterwirft sich Israel einem Machtspruch der Weltmächte, oder innerhalb eines Jahres geht vom Nahen Osten der Dritte Weltkrieg aus, da die Sowjets eine vierte Niederlage der Araber nicht zulassen werden. In seiner gegenwärtigen Struktur wird Israel keinen Machtanspruch der USA und der Sowjetunion akzeptieren, und mit ihrem verschleierte und indirekten Eingreifen auf Seiten Ägyptens (sowjetische Düsenpiloten und Raketen, bedient durch sowjetisches Personal) hat die Sowjetunion bereits die Richtigkeit der Analyse Goldmanns bestätigt: In einem vierten israelisch-arabischen Krieg wäre auch die Sowjetunion direkt engagiert.

Die USA in Indochina Ihr direktes Engagement in Südostasien versprochen die USA zu reduzieren und endlich aufzulösen. Unter dem Schutz dieser trügerischen Parole hat Nixon durch die Intervention in Kambodscha den verbrecherischen Krieg in Vietnam tatsächlich nur auf ein weiteres unglückliches Land ausgedehnt. Um trügerischer und ephemerer militärischer Vorteile willen (Sturz der neutralistischen Regierung Sihanouk, Zerschlagung der nordvietnamesischen Nachschubwege und -basen und der Rückzugsschlupfwinkel für die Armee der FNL) hat Nixon die USA in der Welt wiederum moralisch isoliert, seine eigene Nation endgültig und irreparabel gespalten und über die Hälfte Kambodschas in die Arme der revolutionären Befreiungsbewegung getrieben. Nixons Zynismus, mit dem er seine abenteuerliche Politik zu rechtfertigen suchte, ist kaum überbietbar und erinnert bereits in seiner Verlogenheit an Orwells «1984», wo der permanente Krieg als Frieden umschrieben wird. Es bewahrheitet sich die schon ältere Ansicht, dass die USA, je tiefer sie sich im vietnamesischen Sumpf verstricken, um so schwerer wieder herausfinden und desto sicherer in die schwere Niederlage hineingehen. Voraussetzung dazu war und ist allerdings der zähe und erfolgreiche Widerstand der vietnamesischen Revolution, mit dem aus der Ferne und aus der privilegierten Position Westeuropas niemand von uns in diesem Ausmass rechnen konnte. Kein Zweifel, dass die vietnamesische Revolution die tiefere innere Krise Amerikas ebenso ausgelöst hat und weiter verschärfen wird, wie der palästinensische Widerstand die innere Krise Israels auslösen wird, ohne dass irgend jemand darüber zu jubeln Anlass hätte, der das entsetzliche Mass von menschlichem Leid vor Augen hat, das die gewaltsame Lösung beider Krisen mit sich bringen wird.

Krisenherd Südafrika Ähnliches gilt für einen weiteren Krisenherd — das südliche Afrika. Dort hat die Südafrikanische Republik, das Bollwerk weisser Herrschaft im unfrei gebliebenen südlichen Drittel Afrikas, seine Position in seinem weiteren Vorfeld weiter ausgebaut. Rhodesien hat die letzten Bande zur britischen Krone zerschnitten und ist als isolierte Republik vollends auf Südafrika angewiesen, ökonomisch wie militärisch und politisch. Die Portugiesen lehnen sich im Kampf zur Erhaltung ihrer Kolonien Angola und Mozambique immer

stärker an Südafrika an. Sie finden Unterstützung, moralische wie ökonomische, mit dem Bau des Cabora-Bassa-Staudamms, den zu wesentlichen Teilen westdeutsche Firmen übernommen haben, nachdem schwedische und britische Firmen auf Druck der eigenen öffentlichen Meinung aus dem Konsortium ausgestiegen waren. Es gehört zu den Minuspunkten der Regierung Brandt-Scheel, dass sie das Engagement des westdeutschen Kapitals faktisch gegen die Befreiungsbewegungen durch öffentliche Kredite (Hermes-Ausfallbürgschaften) abgedeckt und somit für das kolonialistische Unterdrückungsregime der Portugiesen weiterhin Schützenhilfe leistet. Je höher die imperialistischen und neo-kolonialistischen Mächte (in diesem Fall buchstäblich) den Damm gegen die national- und sozialrevolutionären Bewegungen zum Schutze der herrschenden weissen Oligarchien des südlichen Afrika bauen, um so gewalttätiger und blutiger wird der Konflikt werden, der diese ungerechte und ausbeuterische Herrschaft endlich beseitigen wird. Die sich anbahnende Katastrophe im südlichen Afrika wird unweigerlich alle die mit hineinziehen, die sich auf Seiten des Apartheid- und Herrschaftssystems der weissen Südafrikaner und der Buren engagiert haben.

Südamerika zeigt Folgen der USA-Politik Eine ähnliche Katastrophe bahnt sich auch in Lateinamerika an. Die Fussballweltmeisterschaft in Mexiko vom Mai 1970, die, ähnlich wie die Olympiade von 1968, von den schweren sozialen und politischen Problemen des nördlichsten der lateinamerikanischen Länder ablenken sollte, erlebte einen doppelten Kontrapunkt: das furchtbare Erdbeben in Peru mit mindestens 60 000 Todesopfern, und die Entführung des bundesdeutschen Botschafters in Guatemala und Brasilien. Das blinde Wüten der Natur in Peru traf ein linksnationalistisches Militärregime mitten in der kritischen Aufbau- und Emanzipationsphase und traf zugleich den ärmsten Teil der Bevölkerung, die Indios der Andentäler. In Guatemala und Brasilien dagegen handelte es sich um eine präzise politische Kalkulation, die in beiden Fällen auch ihr unmittelbares Ziel erreichte. Die Entführung der beiden bundesdeutschen Botschafter lenkte tatsächlich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die unhaltbaren sozialen und politischen Zustände in Lateinamerika. Selbst konservative Blätter wie die des Springer-Konzerns informierten gelegentlich ihre Leser über die wahren Hintergründe. Die offizielle Empörung, vor allem über die Ermordung des Botschafters in Guatemala, Graf Spreti, enthüllte sich dagegen als pure Heuchelei oder als naive Unfähigkeit, soziale und politische Kausalzusammenhänge zu erkennen.

Vor allem trat für jeden nur einigermaßen Nachdenklichen die schwere Verantwortung der USA für die chaotischen Zustände in Lateinamerika zutage. Der Mord in Guatemala erinnerte wieder an den Beginn der revolutionären Phase Lateinamerikas, an die brutale Intervention des CIA und des State Department zugunsten der United Fruit Company und der herrschenden einheimischen Oligarchie im Sommer 1954, als ein gemässigtes

reformerischeres und verfassungskonform zur Macht gekommenes Regime von Arbenz durch Gewalt gestürzt worden war. Damals eröffneten die USA den drastischen Anschauungsunterricht darüber, dass sie in ihrem unmittelbaren Herrschaftsbereich keine sozialen und politischen Reformen zulassen werden, die die Profite der in den USA herrschenden kapitalistischen Kräfte tangieren könnten. Die versuchte Intervention gegen Kuba à la Guatemala im April 1961, die in der Schweinebucht scheiterte, der Sturz von Janos Quadros in Brasilien am 1. April 1964 und die Intervention von San Domingo im Frühjahr 1965 bildeten die Fortsetzung. Die Quittung wird den USA jetzt präsentiert. Während sie kriminelle bis unfähige Regierungseliquen in den verschiedenen Staaten Lateinamerikas an die Macht bringen oder an der Macht halten, die alle friedlichen Reformen aus brutalem Egoismus hintertreiben, zwingen sie geradezu alle reformwilligen Kräfte in den revolutionären Untergrund, aus dem heraus sie das sich anbahnende Chaos nur noch verstärken, als notwendig gewordene Zwischenphase zum endgültigen Sieg der Revolution. Die Stunde X für die lateinamerikanische Revolution aber wird vermutlich, wenn die herrschende Oligarchie nicht ein vorzeitiges Losschlagen selbst provoziert, erst kommen, wenn den USA selbst die Stunde schlägt und die grosse Krise dort ausbricht.

Die USA, das Zentrum der Weltkrise So rücken die inneren Zustände in den USA immer stärker in das Zentrum der kommenden Weltpolitik, aber ganz anders als amerikanische Superpatrioten es sich je träumen liessen: Die USA sind in ihrer weitgehend parasitären und destruktiven Rolle in der gesamten Welt zu einer auf die Dauer unerträglichen Belastung für die Menschheit geworden. Als Vormacht des der Agonie entgegen taumelnden Spätkapitalismus machen sie in sich selbst alle die schwerwiegenden und auf die Dauer unlösbaren Widersprüche im kapitalistischen System deutlich. Der reaktionäre Flügel ihrer herrschenden Klasse ist unfähig, die eigenen Probleme im eigenen Land zu lösen, geschweige denn humane und friedliche Lösungen für alle die Länder zu finden, über die sie in ihrem verschleierten Weltherrschaftsanspruch faktisch das Protektorat übernommen haben. Und sie sind eher bereit, den gesamten Erdball in die Luft zu jagen, als anderen Kräften eine Chance zu geben, die sich zutrauen, in diesem kritischen Moment der Menschheitsgeschichte doch noch eine vernünftige und humane Ordnung zu errichten, eben eine sozialistische. Die USA sind zum Tier der Apokalypse geworden, das zur Verwirrung der Menschheit auch noch unter dem Zeichen des Kreuzes antritt. Entsprechend ist es zu einem Akt der kollektiven Notwehr geworden, alles zu tun, um diese tödliche Gefahr von der Menschheit abzuwehren, wenn wir uns alle noch eine Überlebenschance zu halbwegs vernünftigen und humanen Lebensbedingungen ausrechnen wollen. (Früher hätte man hinzugefügt: Das walte Gott! Aber das kann man heute mit gutem Gewissen wohl kaum noch tun.)

Immanuel Geiss